

Die Diskussion über Nachhaltigkeit im ökonomischen, ökologischen und sozialen Sinne wird in Deutschland aktuell begleitet durch die „reale“ Definition der Bedingungen für die ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Diese Auffassung vertreten nicht allein die Arbeitgeberverbände. Auch andere machen sich um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands Gedanken. So erweist sich zum Beispiel unser Sozialsystem offenbar nicht mehr als nachhaltig.

Als ein zentraler Kristallisationspunkt zeigt sich in dieser Diskussion der EURO. Von internationalen Organisationen werden die unzureichenden Reformen u.a. in Deutschland als eine Gefährdung der Einführung des EURO angesehen. Gefordert wird in diesem Zusammenhang eine fundamentale Reform der sozialen Sicherungssysteme, die Erhöhung der Lohnflexibilität etc. In einem aktuellen Diskussionspapier der CDU wird darauf verwiesen, daß es bei der Währungsunion um die Nachweis unserer Zukunftsfähigkeit geht. Entscheidend sei demnach, das Vertrauen der Finanzmärkte zu erlangen, die, so kann man damit interpretieren, entscheidend für die Zukunftsfähigkeit sind. Es wird darauf hingewiesen, daß die notwendigen Reformen tief in die Wirtschafts- und Sozialpolitik der beteiligten Länder eingreifen und daß die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der nationalen politischen Systeme getestet wird. Die Währungsunion zielt somit auf eine radikale Reaktivierung und Modernisierung der europäischen Ökonomien ab. Der Euro soll offenbar auch politisch nicht lösbare Probleme lösen, wie die „übermäßig“ regulierten Arbeitsmärkte etc.

► Viele Wege

Auch vor dem Hintergrund der zweifelsohne globalisierten Finanzmärkte gibt es allerdings nicht allein einen Weg der zwangsläufig eingeschlagen werden muß. Zwei stellvertretende Modelle lassen sich ausmachen: das Modell des umfassenden Abbaus der sozialen Sicherungssysteme (USA, Neuseeland) und das Modell des differenzierten Umbaus (Holland, Dänemark). In den USA existieren nicht allein auf der Arbeitgeberseite starke Strömungen, die in der Beendigung des Wohlfahrtsstaates die größte und wichtigste Bewegung des 20. Jahrhunderts sehen. Dies schlägt sich in der realen Politik

*Sollen Euro und Finanzmärkte
Probleme lösen, mit denen die Politik nicht
zurechtkommt?*

Umbau oder Abbau

durch das Programm „welfare to work“ nieder, welches Familien mit abhängigen Kindern zu Gute kommt (ähnlich der Sozialhilfe in Deutschland) und nach fünfjähriger Inanspruchnahme eingestellt werden soll.

In Neuseeland wird auf die „Befreiung der neuseeländischen Arbeitsmärkte“ verwiesen, die zu einer deutlichen Reduktion der Arbeitslosenzahlen beigetragen habe und festgestellt, daß hohe Arbeitslosigkeit in einem Land in der Regel politisch gewählt sei.

Da die institutionellen Bedingungen der jeweiligen Arbeitsmärkte sehr verschieden sind, ist die Vergleichbarkeit der Arbeitslosenzahlen jeweils nur begrenzt gegeben. Gelingt es, wie z.B. in den USA, eine wesentliche Zahl von Nichtbeschäftigten aus der Statistik herauszuhalten, so wird dies im Sinne der Arbeitslosenzahl als Erfolg gewertet. Eventuelle soziale Folgekosten bleiben, wie im Falle der ökologischen Folgekosten, schlicht ausgeblendet.

Einen anderen Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit hat Holland eingeschlagen. Es handelt sich dabei weniger um ein „Beschäftigungswunder“ als vielmehr um ein Modell der Arbeitsumverteilung. Wesentlich zu dem Erfolg beigetragen hat das Wachstum der Teilzeitbeschäftigung (Anteil 39 Prozent), der Frühverrentung etc.

Dänemark versucht durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, eine ökologisch orientierte Steuerreform und dem intelligenten Einsatz von Anreizmechanismen die Nachfrage nach umweltfreundlicheren Produkten zu fördern und zugleich Innovationen in der Industrie anzustoßen.

Die Dynamik des aktuellen Anpassungsdruckes existiert. Die Einführung des Euro dient als Instrument zur Durchsetzung einer beschleunigten Anpassung. Die Beantwortung der Frage, welchem Modell gefolgt werden soll, entscheidet über die Perspektiven der EU. Es geht letztlich um Deregulierung und *laissez faire* oder Reregulierung unter den veränderten Bedingun-

gen und Nutzung der Handlungsmöglichkeiten. Die Veränderungsdynamik eröffnet auch einer sozial-ökologisch orientierten Politik Handlungschancen. Erforderlich ist dazu eine Einmischung vor allem auch in solchen Bereichen, die nicht nur der „klassischen“ Ökologiediskussion zugeordnet werden können, sondern die sich im Sinne der Nachhaltigkeitsdiskussion auch für die Frage der sozialen Sicherungssysteme interessiert. Die intra- und intergenerative Gerechtigkeit spiegelt sich nicht allein in der ökologischen Frage sondern vor allem auch in der sozialen Frage wider.

► Politik gefragt

Diese Dynamik bedarf der Gestaltung in ökologischer und sozialer Hinsicht. An dieser Stelle ist die Politik gefragt. Deutschland steht am Anfang eines weitreichenden Veränderungsprozesses, in dem auch darüber gestritten werden muß, in welcher Form eine Entlastung des Faktors Arbeit erfolgen kann bzw. muß. Es existieren Gestaltungsspielräume, wie es durch die verschiedenen Strategien der Länder deutlich wird. Damit eröffnen sich typisierend im Grundsatz zwei Wege: das neuseeländische oder das holländische Modell.

Für die ökologisch orientierte Diskussion wird es entscheidend sein, die Frage der Senkung der Lohnnebenkosten mit ökologisch motivierten Gegenfinanzierungen zu unterlegen. Diese Diskussion über die Entlastung des Faktors Arbeit und gleichzeitiger Belastung des Faktors Naturverbrauch wird nunmehr in Deutschland über 15 Jahre geführt und spielt in den aktuellen Ökosteuern Diskussionen eine zentrale Rolle. Dabei wird es vorrangig auch darauf ankommen, die verteilungspolitische Komponente zu stärken und eine Entlastung der unteren Lohngruppen zu erreichen, die in besonderem Maße von den sich andeutenden Flexibilisierungen betroffen sein werden.

Die Diskussion über die Zukunft des Steuerreformpakets wie sie aktuell geführt wird (Stichpunkt Gegenfinanzierung Mineralölsteuer), deutet auf die unterschiedlichen Modellvorstellungen hin: umfassender Abbau versus modifizierter Umbau unter Einbezug der ökologischen Komponente. Diese Fragestellung gewinnt vor dem Hintergrund der kommenden Diskussionen um die Einführung des Euro und dessen möglichen Folgewirkungen, zusätzlich an Bedeutung.

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.